Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ℳ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 ₰ monatl., 2.25 ℳ vierteljährl.

Durch die Post:

innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.60 ℳ, monatl. 1.20 ℳ ausschl. Postbestellgeld. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint wöchentlich 7 mal und zwar morgens.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 ₰.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰, finanzielle Anzeigen 30 ₰, Reklamen 1 ℳ; von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.20 ℳ; vom Ausland 50 ₰, finanz. Anzeigen 75 ₰, Reklamen 1.50 ℳ.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 ₰. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10.
(Telephon VI, Nr. 4603).

Haupt-Filiale Dresden:
Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 353. **Dienstag** 22. Dezember 1908. **102. Jahrgang.**

Das Wichtigste.

* Die neue Eisenbahnverkehrsordnung wurde vom Bundesrat genehmigt und gelangt am 1. April n. J. zur Einführung. (S. Dtschs. R.)

* Die neue Postzollordnung, die den aus Handelskreisen geäußerten Wünschen wegen Beschleunigung und Vereinfachung der Postzollabfertigung Rechnung trägt, ist dem Bundesrat zugegangen. (S. Dtschs. R.)

* Das englische Parlament vertagte sich bis zum 16. Februar n. J.

* Der **Inhalt der britischen Thronrede** ist gestern **bekanntgegeben** worden. (S. d. bes. Art.)

* Bei den spanischen Kammerwahlen haben die Republikaner einen großen Sieg davongetragen. (S. Ausl.)

* Aus London wird gemeldet: Eine von Herzog Fife als Vorlieutenant Londons und Lord Esher als Vorsteher des Territorialheeres unterzeichneter Aufruf fordert die Londoner auf, 27175 Soldaten für das Bürgerheer zu stellen.

* Der türkische Thronfolger Prinz Reschad ist ernstlich erkrankt.

Deutsch-Südwest als Siedlungsland

Vor wenigen Tagen erst haben wir an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß nur ein kräftiges Deutschtum uns den Besitz unserer südwestafrikanischen Kolonie für die Zukunft gewährleistet. Wir haben dabei nicht einmal an eine Gefährdung dieses Besitzes im Falle eines europäischen Krieges gedacht, sondern lediglich an die Gefahr eines sich friedlich vollziehenden Anschlusses Deutsch-Südwests an den jetzt im Werden begriffenen südafrikanischen Bundesstaat unter britischer Flagge. Aber auch an die Möglichkeit eines Krieges haben wir zu denken, während dessen Verlauf wir nicht in der Lage sind, die Kolonien vor feindlichen Angriffen zu schützen. Da müssen sich die Siedler selbst helfen, als ein zwar kleines, aber tüchtiges Volk in Waffen. Und das ist gar nicht so schwer, wenn das Land einigermaßen gut besiedelt und vorwiegend deutsch ist. Denn eine Kolonie läßt sich nicht so schnell erobern und vermag sich wohl zu halten, bis ein europäischer Krieg glücklich durchgeführt ist. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß wir uns mit der Besiedelung Südwests überstürzen wollen. Aber stetig und planmäßig mit verständnisvoller Auswahl der Ansiedler muß daran gearbeitet werden, und besonders wichtig ist dabei auch die Besetzung der Grenzgebiete mit Siedelungen, soweit sie brauchbar sind, und das ist in Südwestafrika der Fall.

Nun ist die Lust zur Auswanderung nach Südwestafrika bei uns ziemlich groß. Tausende drängen sich dazu, und das ist ein gutes Zeichen. Aber die Sache ist nicht so einfach, denn zur Auswanderung nach Südwest gehört Geld. Es tut einem in der Seele weh, wenn man den vielen Auswanderungslustigen, die in unsere Kolonien ziehen wollen, immer wieder sagen muß, daß da für mittellose Leute kein Platz ist. Wenn sie dann betrübt von dannen ziehen, so möchte man sich dagegen empören, und muß sich doch sagen, daß genug Vernunftgründe gegen die Idee der Gründung einer Kolonie von Unbemittelten vorliegen. Die Verhältnisse haben sich eben seit 30 Jahren gründlich geändert und bei der heutigen Wirtschaftsordnung findet wohl der Unbemittelte sein Fortkommen in der heimischen Industrie, die Kolonien aber verlangen Leute mit Kapital, die die Nutzbarmachung des Landes gleich rationell mit technischen Hilfsmitteln in Angriff nehmen können und nicht darauf angewiesen sind, von der Hand in den Mund zu leben.

Im allgemeinen setzt man vom angehenden Farmer voraus, der Viehzucht betreiben will, daß er 50 000 ℳ mitbringt, während der Kleinsiedler, der sich auf Gartenbau legen will und nur nebenbei etwas Vieh hält, etwa 15 000 ℳ haben muß. Wir wollen gleich vorausschicken, daß der letztere Nahrungszweig vorläufig nur in geringem Umfang möglich ist. Denn als Abnehmer kommen nur die Truppe, die Beamten und die Kaufleute in Betracht. Man muß also Bedenken tragen, jemand zu raten, daß er allein daraufhin hinausgeht. Leichter ist es schon für Bauhandwerker, namentlich ländliche Handwerker, die etwas von Landwirtschaft verstehen, wenn sie nüchtern sind. Sie können bei den hohen Löhnen leicht etwas sparen und nebenbei dann eine kleine Farm anschaffen.

Der Schreiber dieses Artikels hat neulich Gelegenheit gehabt, sich mit einem hohen Beamten der Kolonie, der zurzeit in der Heimat weilt, längere Zeit über die Siedelungsfrage zu unterhalten. Den Einwurf, daß für den Kleinbauern 15 000 ℳ schon ein schönes Vermögen seien, und daß sich gar mit 50 000 ℳ auch in der Heimat alles Mögliche anfangen lasse, erklärte der Beamte für durchaus zutreffend. Trotzdem sei es nicht möglich, von diesem Grundsatze abzugehen. Eine Kolonie mittelloser Leute, die nie auf einen grünen Zweig kommen und sich bestenfalls zur Not durchwürgen, hat vom nationalwirtschaftlichen Standpunkt wenig Wert. Und den Leuten selber ist damit nicht gedient, denn das konnten sie allenfalls auch zu Hause haben. Für uns sind die Kolonien von Wichtigkeit einerseits als Absatzgebiete, anderseits als Rohstofflieferanten. Beides kann eine arme Kolonie nicht bieten. Aus der weiteren Unterhaltung ergab sich allerdings, daß sich offenbar genug vermögende Leute in Südwestafrika um Farmland bemühen, und daß die Besiedelung flott vorwärts geht. Und so läßt sich gegen den Wunsch der Verwaltung, mittellose Leute fernzuhalten, nichts einwenden. Wenn man sich überlegt, daß Südwest eben ein Viehzuchtland ist, so wird die Notwendigkeit größeren Betriebskapitals sofort verständlich. Eine Normalfarm von mindestens 5000 (im Norden) bis 10 000 Hektar (im Süden) Weideland verschlingt den größten Teil des genannten Kapitals für Anschaffung des Stammviehs, Anlegung von Brunnen und Staudämmen und Bau eines bescheidenen Hauses. Dann vergehen ein paar Jahre, bis der Viehstand so gewachsen ist, daß etwas verkauft werden kann. Während dieser Zeit darf beileibe nichts geschlachtet werden. Der Ansiedler tut gut, sich in der Hauptsache von der Jagd, der geringen Milch seines Viehes und den Erzeugnissen seines Gartens zu ernähren. Die betreffende maßgebende Persönlichkeit hat daher ganz recht, wenn sie mir sagte, daß die besten Ansiedler für Südwest junge, tüchtige und intelligente Bauernsöhne seien, die gewöhnt sind, früh aufzustehen, tüchtig mit Hand anzulegen. Von dieser Sorte sei ihm jedes Quantum willkommen. Diese Leute würden es auch zu etwas bringen, wenn sie nur 20 000 ℳ hätten; denn sie seien anspruchslos und kümmerten sich von früh bis spät um ihre Wirtschaft.

Denn das ist anderseits zu betonen: ein Mann, der fleißig und energisch ist, kann mit seinem Kapital in Südwest etwas ganz anderes erreichen, als zu Hause. Er ist wirklich Großgrundbesitzer und kann sich, wenn er mit seinem Viehstand nach acht bis zehn Jahren auf der Höhe ist, ein nettes Sümmchen jährlich ersparen. Südwest nährt seinen Mann, wenn man sich ernsthaft darum bemüht. Von besonderer Wichtigkeit für die Besiedelung ist die Rassenfrage. Die Erhaltung des Deutschtums, die wichtigste Voraussetzung für den politischen Bestand des Gebietes als deutsche Kolonie, hängt in erster Linie davon ab, ob wir unsere Rasse drüben rein zu erhalten vermögen. Die Portugiesen, unsere Nachbarn in verschiedenen Kolonien, sind als Kolonialvolk meines Erachtens in erster Linie durch ihre weitgehende Vermischung mit den eingeborenen Völkern in den Kolonien heruntergekommen. Dieselbe Gefahr liegt bei uns in Südwest (nebenbei bemerkt, auch in Samoa) vor. Während die Bantuvölker, zu denen in unseren Kolonien neben den Bewohnern von Ostafrika und großer Teile von Kamerun in Südwest die Hereros und Ovambos zählen, einer Vermischung mit der weißen Rasse durchaus abgeneigt sind, so daß Mischlinge zwischen ihnen und Weißen verhältnismäßig selten sind, wird von den Hottentotten diese Vermischung direkt gesucht. Eine Hottentottenfrau ist stolz darauf, wenn sie Kinder hat, die Beimischung „weißen Blutes" verraten. In welchem Umfange hier die Vermischung schon lange stattgefunden hat, beweist der Stamm der Bastards in Südwestafrika, der aus einer Vermischung von Buren und Hottentotten im verflossenen Jahrhundert entstanden ist. Und die Zahl der Bastards mit deutscher Blutmischung geht ebenfalls schon in die Tausende. Durch das Verbot rechtsgültiger Ehen zwischen Weißen und Farbigen ist zwar vorläufig der Uebertragung der Vermischung nach der Heirat vorgebeugt; die Mischlingskinder gelten als Farbige. Aber die Sache hat auch eine sehr ernste politische Seite. Ein allzu starkes Anwachsen der Mischbevölkerung ist gefährlich, denn sie könnte uns eines Tages Schwierigkeiten bereiten. Ganz abgesehen von der ästhetischen bzw. unästhetischen Seite der Frage.

Und darum ist aber auch nach Kräften die Lösung der Frauenfrage in den Kolonien zu fördern, denn mit der Frauenfrage ist die Rassenfrage gelöst. Der Koloniale Frauenbund hat in dieser Beziehung schon viel Gutes gewirkt. Wie ich bei dem oben erwähnten Gespräch erfuhr, ist im Norden der Kolonie im Augenblick kein Mangel mehr an deutschen Frauen, denn nach jeder Dampferankunft finden ein paar Trauungen statt. Dagegen sieht's im Süden wegen der starken Buren- und Bastardbevölkerung übel aus. Dort könnte durch schleunige Gründung des vom Frauenbund geplanten Mädchenheims unendlich viel Gutes gewirkt werden. Jeder Beitrag, auch der kleinste, wird der guten Sache dienlich sein.

Nun noch ein paar Worte über die Entwickelung des Gemeinsinns in Südwest, die in der dringenden Forderung einer ziemlich weitgehenden Selbstverwaltung ihren Ausdruck findet. Gouverneur v. Schuckmann ist bekanntlich der Ansicht, daß die Kolonie zu einem Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung, wie die Ansiedler es sich denken, noch nicht ganz reif sei, solange sie nicht die Kosten der Zivilverwaltung aufzubringen vermag. Dagegen läßt sich nicht viel sagen, aber die Regierung hat es m. E. in der Hand, diesen Prozeß zu beschleunigen, wenn sie — wie es allerdings den Anschein hat — nicht länger säumt, auch die großen Landgesellschaften mit zu den Lasten heranzuziehen. Deren Steuerfreiheit ist überlebt und kann heute nicht mehr aufrechterhalten werden. Wie kommen die Einzelansiedler, die nur einen kleinen Teil des Landes innehaben, dazu, die ganzen Kosten der Verwaltung zu tragen, während die Gesellschaften, die den Hauptvorteil haben, frei ausgehen?

Uebrigens geht es vorwärts mit Südwest. Ein- und Ausfuhr sind in der ersten Hälfte des Jahres 1908 ansehnlich gestiegen, ein Beweis, daß sich die Verhältnisse konsolidieren. Der Bergbau entwickelt sich, nebenbei bemerkt, ebenfalls gut, und die Diamantenfunde scheinen dem Lande eine recht verheißungsvolle Zukunft zu versprechen. Aber die Farmerwirtschaft ist und bleibt doch die Zukunft und das Rückgrat des Landes, denn sie macht es zur deutschen Familiensiedelung. Mögen sich nichtsdestoweniger beide, Farmwirtschaft und Bergbau, auch im neuen Jahre friedlich nebeneinander ausbauen. In diesem Sinne: Glückauf!

Eine Pression aufs Ausland?

Dem Bundesrat wird in den nächsten Tagen, wie wir bereits am Sonntag mitteilten, der seit langer Zeit angekündigte Entwurf zur authentischen Interpretation des Artikels 54 der Reichsverfassung zugehen. Der nach Ansicht Preußens der Auslegung bedürftige Teil dieses Artikels lautet: „Auf allen natürlichen Wasserstraßen dürfen Abgaben nur für die Benutzung besonderer Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, erhoben werden." Nach der Meinung der preußischen Regierung sollen unter dem Begriff der „besonderen Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind", auch alle Einrichtungen fallen, die getroffen werden, damit die nötige Tiefe der Fahrrinne in den Flußläufen erhalten bleibt. Man hegt in den maßgebenden Kreisen Preußens sogar die Ansicht, daß eine authentische Auslegung der Verfassung keineswegs eine Abänderung der Verfassung zu bedeuten brauche, daß also eine einfache Mehrheit im Bundesrat hinreiche, dort den Entwurf zur Annahme zu bringen. Aber mit dieser Auffassung wird man schwerlich durchdringen, der Bundesrat wird voraussichtlich zu der Auffassung kommen, daß eine Verfassungsänderung in Frage steht, und daß daher 14 Stimmen den Entwurf zum Scheitern bringen können. Aber woher sollen diese 14 Stimmen kommen? Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen verfügen allerdings im Bundesrat genau über 14 Stimmen, aber bis jetzt ist nur bestimmt, daß Sachsen und Baden an ihrem Widerstand gegen die Einführung von Schiffahrtsabgaben festhalten, und diese beiden Staaten bringen, wie wir schon am Sonntag ausführten, nur 7 Stimmen auf. Es ist auch völlig ausgeschlossen, daß sie sich um der schönen Augen der preußischen Agrarier willen, die in ihrer Selbstsucht den berüchtigten § 19 des Kanalgesetzes geschaffen haben, zu einer Veränderung ihrer Ansicht bewegen lassen, denn sie würden dadurch nicht nur ihre beiden Hauptumschlagplätze, Riesa und Mannheim, aufs äußerste gefährden, sondern auch ihrer regen Industrie erhebliche, nicht wieder gutzumachende Nachteile zufügen. Alles das ist schon so oft gesagt worden, daß sich eine ausführlich begründete Wiederholung altbekannter Tatsachen erübrigt, aber vielleicht ist jetzt gerade der Zeitpunkt, daran zu erinnern, daß durch eine derartige Belastung der sächsischen und bayrischen Industrie auch die aus der Reichsfinanzreform erwarteten Summen eine nicht unwesentliche Abschwächung erfahren dürften.

Aber über die inländischen Sorgen setzt man sich in Preußen allem Anschein nach leicht hinweg; jetzt hat man es zunächst aufs Ausland abgesehen. Wir erwähnten bereits am Sonntag, daß der Aufhebung der Abgabenfreiheit auf schiffbaren Strömen und Flüssen Verträge mit Oesterreich und mit den Niederlanden entgegenstehen. Die Lösung dieser Verträge will man nun in Berlin auf dem Wege erreichen, daß man auf die beiden in Frage kommenden Staaten durch einen möglichst einmütigen Bundesratsbeschluß, selbstverständlich im Sinne Preußens, einen moralischen Druck ausübt. Die preußische Regierung legt, da sie sich infolge der oben angezogenen Bestimmung des Kanalgesetzes in einer unangenehmen Zwangslage befindet, das größte Gewicht darauf, daß der Entwurf, wenn nicht einstimmig, so doch mit möglichst großer Mehrheit im Bundesrat angenommen werde, da sich unter diesem Eindruck Oesterreich und die Niederlande am ehesten bereitfinden lassen würden, auf die ihnen in der Elb- und Rheinschiffahrtsakte eingeräumte Abgabenfreiheit zu verzichten. Man will deshalb mit einer Abstimmung im Bundesrat so lange warten, bis die imponierende Mehrheit sicher ist, bis also die noch widerstrebenden Staaten mürbe gemacht worden sind. Sachsen und Baden werden sich aber nicht umstimmen lassen, und da scheint man es denn jetzt auf Württemberg und Hessen abgesehen zu haben. Ob Preußen dort mehr Glück haben wird, steht noch dahin; jedenfalls ist aber die Voraussetzung sehr kühn, daß ein auf solchem Wege zustande gekommener Bundesratsbeschluß auf die in Betracht kommenden fremden Staaten einen so nachhaltigen Eindruck ausübte, daß diese sich nun möglichst bald den preußischen Wünschen willfährig zeigten. Die Wirtschaftspolitik Oesterreichs wie die Hollands kann der Abgabenfreiheit auf der Elbe und auf dem Rhein nicht entraten; es wäre wenn auch nicht gerade wirtschaftlicher Selbstmord, so doch die schwerste Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens in beiden Staaten, wenn dieses wohlverbriefte Recht preisgegeben würde. Moralische Pressionen eines Staates könnten einen anderen doch niemals zur Gefährdung eines wichtigen Teils seiner Lebensinteressen veranlassen. Wir hegen die feste Zuversicht, daß die Berechnung der preußischen Regierung grundfalsch ist, aber wir finden es zugleich in hohem Grade befremdlich, daß Preußen zu solchen Mitteln zu greifen beabsichtigt, um ein Ziel zu erreichen, das einseitige agrarische Interessenpolitik gesteckt hat.

Die englische Thronrede.

Die britische Thronrede, mit der König Eduard am gestrigen Montag das Parlament geschlossen hat, liegt nunmehr in der Inhaltsskizze vor. Bemerkenswert ist, daß sie gleich am Anfang mitteilt, daß die Beziehungen Englands zu den auswärtigen Mächten „andauernd freundschaftlich" seien, was zur Festigung der augenblicklich einigermaßen in Besserung befindlichen europäischen Lage nicht wenig beitragen mag. Der Passus scheint indirekt auch darauf hinzudeuten, daß die anglo-deutschen Beziehungen wieder in minder düsterem Licht zu erblicken sind, als es bisher der Fall war. Die Rede beruft sich besonders auf das Nordseeabkommen.

Auch das mag zur Beruhigung Anlaß geben, daß jetzt in London, hinsichtlich der Balkansituation, was während ihrer früheren Entwicklungsphasen, gleich nach der großen Umwälzung, leider nicht der Fall war, nach einer friedlichen Lösung des großen europäischen Problems gestrebt wird. Die Thronrede, die weislich jeder Sensation fern bleibt, ergeht sich dann über die Angelegenheit der Seerechtskonferenz, die momentan in London tagt, und über die indische Lage. Sie betont ferner, daß die Flotte auf ihrem jetzigen Leistungsniveau erhalten werden soll, legt sich aber in der Behandlung der Frage der Landesverteidigung, die sie nur kurz streift, was in Deutschland nicht geringe Aufmerksamkeit erregen wird, große Mäßigung auf. Am Schluß spricht der König sein Bedauern über den Parlamentszwist wegen der Schankkonzessions- und Unterrichtsbill aus.

Ueber den Wortlaut der Thronrede liegt folgender Bericht vor:

London, 21. Dezember. (Telegramm.)

Die Thronrede, mit der der König das Parlament schloß, gibt der Freude über den Besuch des Präsidenten Fallières und des Königs und der Königin von Schweden Ausdruck.

Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten

seien andauernd freundschaftlich. Im abgelaufenen Jahre, heißt es weiter, wurden mit fremden Regierungen verschiedene Uebereinkommen geschlossen, die durch Beseitigung von Streitpunkten der Befestigung des Friedens dienen, darunter ein Abkommen über die Aufrechterhaltung des territorialen Statusquo in den Grenzgebieten der Nordsee. Neuerdings haben sich gewisse Ereignisse vollzogen, die darauf berechnet sind, die durch den Berliner Vertrag

auf dem Balkan

getroffene Regelung zu stören. Aber mit Recht sei zu hoffen, daß durch weise, versöhnliche Verhandlungen eine friedliche Beilegung unter Zustimmung der Vertragsmächte erreicht wird.

Ebenso darf man hoffen, daß die Konferenz der hauptsächlichsten Seemächte, die zurzeit in London tagt, durch gemeinsame Vereinbarung dazu gelangt, über die verschiedenen mit der Seekriegsführung im Zusammenhang stehenden Fragen Regeln aufzustellen und zu formulieren, die allgemeine Billigung finden. Tief bedaure ich, daß die innere Ruhe einiger Teile Indiens durch die

Verschwörung übelgesinnter Leute

gegen das Leben meiner Offiziere und gegen die Fortdauer der britischen Herrschaft gestört wurde. Diese Vorgänge, die eine Ausnahmegesetzgebung notwendig machten, hatten anderseits aber auch aus allen Teilen Indiens Kundgebungen der Treue zur Folge. Die Regierung fand es deshalb gerechtfertigt, Maßnahmen zu betreiben, wodurch

SLUB
Wir führen Wissen.